

1946.] Verlag Centralne Archiwum Ministerstwa Spraw Wewnętrznych i Administracji RP; Derżavnyj archiiv Služby bezpeky Ukraïny. Warszawa, Kyïv 2000. 1008 S., s/w Abb.

Der zweite Band der gemeinsamen polnisch-ukrainischen Edition aus den Archiven der Geheimdienste enthält 191 Dokumente zum polnisch-ukrainischen Bevölkerungsaustausch. Die Fundstellen der vorwiegend aus dem Kiewer SBU-Archiv (*Služba Bezpeky Ukraïny*) und dem Archiv des polnischen Innenministeriums stammenden Unterlagen sind – im Gegensatz zum ersten Band – ausgewiesen. Das Thema des forcierten Bevölkerungsaustausches zwischen Polen und der Sowjetunion ist seit seiner Enttabuisierung – und auch in bezug zur Fortsetzung der kriegsähnlichen Handlungen – vielfach in Polen und der Ukraine dokumentiert worden. Was die vorliegende Edition zusätzlich liefert, ist die Information über den Kenntnisstand der beiden Seiten und über den Grad, in welchem man sich über die Durchbrechung der selbstgesetzten Regeln (Freiwilligkeit) im klaren war.

Spannend ist der erste, kurze Teil, in dem der Rücktransport der im asiatischen Teil der Sowjetunion überlebenden Polen in die Ukraine behandelt wird: Da die Befreiung Polens im Sommer 1944 keine Fortschritte machte, wurden die Umsiedler in Kolchosen untergebracht und hatten dort unsäglich unter den organisatorischen und materiellen Unzulänglichkeiten in dem gerade erst befreiten Gebiet zu leiden. Den wichtigsten Teil des Bandes nehmen jedoch die Dokumente zur eigentlichen Umsiedlung ein: aus der Briefzensur und mittels anderer Methoden gewonnene Erkenntnisse über die politisch-territorialen Erwartungen der Betroffenen und die Einschätzung der Lage im sowjetischen und im polnischen Gebiet. Die Furcht, das Ziel der Transporte werde nicht in Polen, sondern in Sibirien liegen, war nach früheren Erfahrungen mit den Sowjets und den Deutschen nicht unbegründet. Das Problem der Bestechlichkeit der Organe schimmert auf: Manche Einwohner wollten lieber bleiben, andere wiederum mitgenommen werden, obwohl sie eigentlich nicht zum „berechtigten“ Personenkreis gehörten; das ergab sprudelnde Einnahmequellen. Wer brannte ausgesiedelte Dörfer ab, damit die Ausgesiedelten nicht heimlich zurückkehrten? Nach Ansicht der polnischen Dienste die Ukrainische Aufständische Armee (*Ukraïns'ka povstans'ka armija*, UPA), aber stimmte das? Ebenso neu sind die laufend erstellten statistischen Daten über die Umsiedlung, aus denen sich deren Verlauf erschließen läßt, und wichtige Quellen über den Umfang, in dem die Lemken (mit Bezug auf ihre Loyalität zum „demokratischen Polen“) und andere Ukrainer sich der Deportation in die wenig attraktive Sowjetukraine zu entziehen suchten. In westlicher Richtung wich die Zurückhaltung nach dem offiziellen Kriegsende einer größeren Bereitschaft, auszureisen; die Hoffnung auf einen Verbleib Ostgaliziens und Wolhyniens bei Polen war zerstoßen. Als Ergänzung zu den Editionen von Volodymyr Serhijčuk und polnischen Zusammenstellungen ist hier eine Basis entstanden, die nun allerdings der noch nicht erfolgten historiographischen (und nicht nur kompilatorischen) Bearbeitung harret.

Hamburg

Frank Golczewski

Igor Hałagida: Ukraïncy na zachodnich i północnych ziemiach Polski 1947-1957. [Die Ukrainer in den westlichen und nördlichen Gebieten Polens 1947-1957.] (Monografie, Bd. 1.) Verlag Instytut Pamięci Narodowej. Warszawa 2002. 259 S., Tab.

Wie sehr in den zurückliegenden Jahren das Interesse an den nationalen Minderheiten in Nachkriegspolen gewachsen ist und die Aufmerksamkeit polnischer Historiker gewonnen hat, belegt Igor Hałagidas Studie auf eindrucksvolle Weise. Sie ist die etwas modifizierte Version seiner 2000 an der Universität Danzig verteidigten Doktorarbeit. Ausgangspunkt der Untersuchung ist die „Aktion Weichsel“ des Jahres 1947 und deren Folgen für die davon betroffene ukrainische Bevölkerung bis 1957. Der Autor schließt damit eine Forschungslücke, da für den genannten Zeitraum bisher nur wenige ältere Publikationen vorliegen. Die Beschränkung auf die ersten zehn Nachkriegsjahre bot sich zudem aufgrund der Wende an, welche die polnische Regierung in ihrer Politik gegenüber den im Lande lebenden Ukrainern 1957 einleitete.

Gegliedert ist H.s Darstellung in vier größere Kapitel. Gestützt auf die zeitgenössische Presse und gedruckte sowie noch nicht veröffentlichte Dokumente und Materialien zahlreicher Archive, untersucht er eingangs die Hintergründe der Aktion. Anders als in der überkommenen Historiographie dargestellt, war sie keine Reaktion auf die Partisanenaktionen ukrainischer Gruppierungen wie etwa der Ukrainischen Aufständischen Armee (*Ukrains'ka povstans'ka armija*, UPA), sondern der bewußte Versuch Warschaus, die Ukrainer des Landes durch Umsiedlung und Verteilung über die nördlichen und westlichen Wojewodschaften in der polnischen Bevölkerung aufgehen zu lassen. Im weiteren geht der Vf. dann auf die vielfältigen Probleme ein, die nach Ankunft in den Ansiedlungsgebieten entstanden und nicht nur materieller Natur waren. Sie reichten vom Verbot, die Bezeichnung „Ukrainer“ zu benutzen, über fehlende ukrainischsprachige Bildungsmöglichkeiten und die Unterdrückung der unierten Kirche bis hin zu Spionagevorwürfen oder Repressionen wegen angeblicher bewaffneter Untergrundaktivitäten. In den übrigen Abschnitten werden das Verhältnis zu anderen Bevölkerungsgruppen wie den Deutschen und den Autochthonen beleuchtet und die von den zwangsumgesiedelten Ukrainern kontinuierlich vorgetragenen Wünsche nach Rückkehr in ihre Heimatgebiete behandelt. Dies sollte sich zu einem Problem entwickeln, das als ständige Herausforderung nicht nur die lokalen Behörden beschäftigte, denn trotz Verbot und behördlicher Überwachung gelang Hunderten von Familien die Rückkehr, wobei H. allerdings auch hervorhebt, daß über die Gesamtzahl der Heimkehrenden keine Daten vorliegen.

Seit Ende 1955 begann sich die Lage der Ukrainer zu verändern, als ihnen zunehmend mehr Raum zur Entfaltung nationalkultureller Aktivitäten gewährt, Maßnahmen zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage ergriffen und sie schließlich Anfang 1957 zum ersten Mal als nationale Minderheit auch von den Führungsgremien der KZPR wahrgenommen wurden.

H.s konzise Studie ermöglicht einen tiefen Einblick in die prekäre Situation der Ukrainer im Polen der Nachkriegszeit. Sie beruht zudem auf einer beeindruckenden Quellenbasis. 33 im Anhang wiedergegebene Amtsbriefe, Berichte und andere Dokumente belegen und ergänzen die Darstellung, die für einen größeren Leserkreis gedacht ist. Ein Quellen- und Literaturverzeichnis sowie Namens- und Ortsregister schließen das handliche Buch ab.

Lüneburg

Rudolf A. Mark

Polska 1986-1989. Koniec systemu. Materiały międzynarodowej konferencji. Miedzyszyn, 21-23 października 1999. [Polen 1986-1989. Ende eines Systems. Materialien einer internationalen Konferenz. Miedzyszyn, 21.-23. Oktober 1999.] Bd. 1: Referaty. [Referate.] Hrsg. von Paweł Machcewicz; Bd. 2: Dyskusja. [Diskussion.] Hrsg. von Andrzej Paczkowski; Bd. 3: Dokumenty. [Dokumente.] Hrsg. von Antoni Dudek und Andrzej Friszke. Wydawnictwo Trio. Warszawa 2002. 266 S.; 324 S.; 347 S.

Die im Oktober 1999 vom Institut für Politische Studien der Polnischen Akademie der Wissenschaften veranstaltete Konferenz brachte zum Teil prominente Akteure der politischen Umgestaltung Polens in den Jahren 1986-1989 (darunter Bronisław Geremek, Tadeusz Mazowiecki, Marian Orzechowski, Janusz Reykowski u.a.), einige ausländische Zeitzeugen sowie Politologen und Zeithistoriker aus Polen, Ungarn, Tschechien, Rumänien, Bulgarien, der früheren Sowjetunion, den USA, Frankreich und Deutschland zusammen. Der von den Veranstaltern bewußt eng gewählte Betrachtungszeitraum umfaßt die Zeit von der Amnestie der politischen Gefangenen im September 1986 bis zum Scheitern der Formierung einer großen Koalition aus Repräsentanten des alten Regimes und der Opposition sowie der Bildung der Regierung Mazowiecki im September 1989. Damit wird deutlich, daß es den Organisatoren eher um eine kleinschrittige Rekonstruktion der politischen Entscheidungsprozesse in diesem Zeitraum ging als um eine Untersuchung der nur